

K. Verbraucherschutz für alle

Wie wir Verbraucherrechte stärken – und Transparenz schaffen

Dioxin in Eiern. Pferdefleisch in der Lasagne. Unfaire Energiepreise. Banken, die tricksen. Geräte, die mit Ablauf der Gewährleistung den Geist aufgeben. Wer schützt eigentlich die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Wir GRÜNE haben Verbraucherschutz und gesunde Ernährung ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Doch unter der Regierung Merkel ist die Verbraucherpolitik in den Dornröschenschlaf verfallen – mit einer durchsetzungsschwachen Ministerin, deren Ankündigungen selten Taten folgten. Das muss sich wieder ändern. Zu diesem Zweck wollen wir die Verbraucherrechte stärken, den Schutz vor Abzocke verbessern und für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen.

Wir schaffen ein festes Fundament für emanzipierte KonsumentInnen, damit sich ProduzentInnen und VerbraucherInnen auf Augenhöhe begegnen können.

VerbraucherInnen haben die Verantwortung, durch ihr Konsumverhalten ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit zu setzen, das setzt entsprechendes Wissen über die Produkte voraus. Grüne Verbraucherpolitik setzt neben wirksamen staatlichen Regelungen und Kontrollen auch darauf, dass VerbraucherInnen Angebote kritisch prüfen, Missstände anprangern und sich einmischen können. Dafür brauchen sie bessere Informationen, starke Verbraucherorganisationen und wirkungsvollen Rechtsschutz.

Verbraucherschutz ist für uns eine Frage gerechter Teilhabe. Wer wenig hat, den schmerzen überhöhte Energiepreise oder wucherische Dispo-Zinsen besonders. Soziale Ausgrenzung droht, wenn Menschen ein eigenes Girokonto verwehrt oder der Strom abgestellt wird. Und auch wer nicht viel zu zahlen vermag, muss sich darauf verlassen können, dass angebotene Produkte sicher und Finanzdienstleistungen seriös sind. Dies gilt insbesondere auch für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Eine Privatisierung der

Wasserversorgung lehnen wir daher ab, denn Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und darf nicht an gewinnmaximierungsorientierte Privatunternehmen übertragen werden.

Grüne Verbraucherpolitik erleichtert es, mit dem Einkaufskorb Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Dafür brauchen VerbraucherInnen bessere und leicht verständliche Informationen in Alltags- und leichter Sprache. Gut informierte VerbraucherInnen können bewusst entscheiden, das Billigschnitzel aus Massentierhaltung im Kühlregal zu lassen, Energiespar-Geräte zu wählen oder sich durch fair gehandelte Produkte für gerechte Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen. Dafür wollen wir bewährte Siegel wie Fairtrade, Bio und Ohne Gentechnik stärken.

1. VerbraucherInnen mächtig machen

Wissen ist Macht. Deshalb wollen wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten über riskante Finanz- und Versicherungsprodukte ausweiten. VerbraucherInnen wollen zu Recht wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine verlässliche und transparente Kennzeichnung ein, um die Auswahl nachhaltiger Produkte zu ermöglichen. Was es bei Lebensmitteln mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen wie etwa bei Finanzprodukten. Zu wenig Lohn für LeiharbeiterInnen bei Amazon, unhaltbare Arbeitsbedingungen für TextilarbeiterInnen in Bangladesch, unfairer Druck auf MitarbeiterInnen bei Banken: Es gibt viele Verhaltensweisen, die verantwortungsbewusste VerbraucherInnen nicht akzeptieren wollen. Damit sie sich ein zutreffendes Bild vom Umgang der Unternehmen mit sozialen und ökologischen Anforderungen, mit ihrem Verhalten gegenüber KundInnen machen können, werden wir gemeinsam mit den Verbraucherverbänden ein Verbraucherportal Unternehmenscheck auf den Weg bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Unternehmen soziale und ökologische Mindeststandards bei Produktion und Vertrieb in Deutschland und weltweit einhalten und ihre CSR-Standards für VerbraucherInnen erkennbar sind.

Wir setzen auf aktive Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände. Unter anderem für den Finanzmarkt wollen wir unter dem Dach der Verbraucherzentralen unabhängige Marktwächter etablieren. Sie sollen den Markt aus Verbrauchersicht beobachten und die Öffentlichkeit informieren, Beschwerden nachgehen, Verbraucherinteressen bündeln und ein Beschwerde- und Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen. Die Finanzierung einer unabhängigen Verbrauchervertretung muss dauerhaft gesichert werden. Dafür wollen wir das Kartellrecht ändern, Kartellstrafen zur finanziellen Stärkung der Verbraucherarbeit einsetzen und ein Verbandsklagerecht für die Verbraucherverbände prüfen. Die Ministererlaubnis wollen wir durch ein suspensives Veto des Deutschen Bundestags ergänzen.

Um die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bündeln, wollen wir Gruppenklagen ermöglichen. So können Geschädigte sich vor Gericht zusammenschließen und ihr gutes Recht schneller und einfacher durchsetzen. Wir werden prüfen, ob die Einführung einer Ombudsstelle dazu beitragen kann.

Die Grundvoraussetzung für bewussten Konsum ist, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich ihrer vorgelagerten Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Nur so können VerbraucherInnen und NGOs die grünen Aussagen von Unternehmen bewerten und seriöse Unternehmungen von unseriösem Greenwashing unterscheiden. Um Verbraucherpolitik wissenschaftlich zu fundieren, wollen wir einen Sachverständigenrat für Verbraucherfragen einrichten, der Politik und Institutionen in Fragen der Verbraucherpolitik kritisch begleitet und berät.

2. Schluss mit der Abzocke

Täglich werden tausende Verbraucherinnen und Verbraucher Opfer illegaler Werbeanrufe mit dem Ziel, ihnen ungewollte Verträge unterzuschieben. Damit dieser Telefonterror aufhört, dürfen solche Verträge künftig nur gelten, wenn die Angerufenen sie schriftlich bestätigen. Telefonwarteschleifen müssen ausnahmslos von der

ersten Minute an kostenlos sein. Wenn Vertragslaufzeiten von z. B. Telefonanbietern, dem Fitnessstudio oder Abonnements nach der Mindestlaufzeit von zwei Jahren automatisch gleich noch mal um ein ganzes Jahr verlängert werden können, ist das Abzocke an der VerbraucherIn und schadet dem freien Wettbewerb. Wir werden sicherstellen, dass Verträge nach der Mindestlaufzeit kurzfristig kündbar sind, und damit solche Abfallen unterbinden.

Dispo-Wucher wollen wir durch einen Zinsdeckel verhindern und unseriösen Inkasso- und Abmahndiensten durch strengere Regeln und Kontrollen das Geschäft verderben.

Produkte, die kurz nach Ende der Garantiezeit kaputtgehen und sich kaum reparieren lassen, sind ein Ärgernis und verschwenden wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns für längere und bessere Gewährleistungsrechte ein. Die Beweislast für einen Mangel soll auch nach den ersten Monaten beim Verkäufer bleiben.

Wer online kauft, darf nicht schlechter gestellt werden als offline. Wir entwickeln deshalb ein eigenständiges Leitbild für den Verbraucherschutz in der digitalen Gesellschaft und stärken im Bereich der immateriellen Güter die Verbraucherrechte, indem wir deren Wiederveräußerbarkeit rechtlich absichern.

Bei Internetgeschäften wollen wir Wildwest-Methoden abstellen und die Verbraucherdaten besser schützen. Unter anderem sollen Verbraucherorganisationen die Möglichkeit erhalten, die Einhaltung von Sicherheit und Schutz persönlicher Daten im Internethandel gerichtlich durchzusetzen.

3. Energie zu fairen Preisen

Wir kämpfen für faire Energiepreise – gegen Preistreiberei durch Monopole und Marktmanipulationen. Deshalb wollen wir mehr Wettbewerb, mehr Preistransparenz und weniger Macht für die großen Strom- und Mineralölkonzerne. Faire Preise, nicht Dumpingpreise, sind unser Ziel.

Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Industrieprivilegien abbauen und dafür sorgen, dass die StromkundInnen auch von den gesunkenen Preisen an

der Strombörse profitieren. Faire Gaspreise werden sich nur durch mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und die Überwindung der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis einstellen. Und um Abzocke an Tankstellen und Raffinerien zu begegnen, ist ein offensives Vorgehen der Kartellbehörden notwendig. Bei all dem wissen wir: Die beste Vorsorge gegen steigende Energiepreise sind Energiesparen und Energieeffizienz. Weiteres haben wir im Kapitel „100 % sichere Energie“ beschrieben.

4. Verbraucherrechte stärken

Die Gesundheit und Sicherheit der VerbraucherInnen muss Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Deshalb wollen wir gegen Weichmacher und Schwermetalle in Kinderspielzeug und kindernahen Produkten vorgehen. Die gesundheitlichen Folgen dieser und anderer toxischer Stoffe für die Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir weiter untersuchen lassen und die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Solange ihre Unbedenklichkeit nicht eindeutig festgestellt ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Partikeln nicht auf den Markt kommen. Giftige Farben und Bleichstoffe in Textilien müssen endlich der Vergangenheit angehören. Die Kennzeichnung von tierversuchsfreien Produkten wollen wir stärken.

Fahrgäste sollten schon bei Verspätungen ab 30 Minuten Anspruch auf Entschädigung haben. Reisende müssen im Konfliktfall Reiseveranstalter auf Augenhöhe begegnen können. Wir fordern deshalb eine unabhängige und kostenlose Schlichtungsstelle, die privat finanziert ist und die mit ihren dezentralen Anlaufstellen alle Reisenden über ihre Rechte aufklärt und gegebenenfalls hilft, Streit einvernehmlich beizulegen.

Für Patientinnen und Patienten müssen die Rechte bei Behandlungsfehlern und bei Zusatzleistungen gestärkt werden.

Eine wirksamere Regulierung der Finanzmärkte ist auch aus Sicht des Verbraucherschutzes zentral. Für Geldanlagen und Altersvorsorge wollen wir eine unabhängige Beratung sicherstellen, die von Provisionsinteressen frei ist. Das Recht auf ein eigenes Girokonto muss selbstverständlich werden. Überschuldung wollen wir durch

finanzielle Vorsorge-Checks und Stärkung der Finanzkompetenz junger Menschen vorbeugen und das Entschuldungsverfahren für alle auf drei Jahre verkürzen. Die soziale Schuldnerberatung muss gestärkt werden, um überschuldeten VerbraucherInnen einen wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen.

5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik

Gutes Essen verbindet Gesundheit und Genuss. Wir wollen sichere Lebensmittel, frei von Pestiziden, Gentechnik und Antibiotika. Das erfordert eine vorsorgende Politik und wirksame Kontrollen vom Bauernhof bis zum Supermarktregal. Darum müssen wir die Lebensmittelüberwachung ausbauen.

Was in Lebensmitteln drin ist, muss leicht verständlich gekennzeichnet sein. Bilder von glücklichen Kühen auf Produkten aus Massentierhaltung sind bewusste Irreführungen und dreiste Verbrauchertäuschung. Wir wollen, dass Tierhaltungsbedingungen, Herstellungsbedingungen, Inhaltsstoffe und die Herkunft von Lebensmitteln klar und einfach erkennbar sind. Die Kennzeichnung der Haltebedingungen von Hennen soll auch auf Eier in verarbeiteten Produkten ausgedehnt werden. Wenn tierische Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet wurden, muss das angegeben werden.

Auf verarbeiteten, zusammengesetzten Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz durch eine eingängige Ampelkennzeichnung in Grün-Gelb-Rot sichtbar gemacht werden. Denn schon jede und jeder Zweite leidet unter Fehlernährung oder Übergewicht. Schmutzkekchen und Musterbetriebe wollen wir durch ein Hygienebarometer oder Smiley unterscheidbar machen.

Kitas und Schulen müssen mehr Wissen über gesunde und ausgewogene Ernährung vermitteln – auch praktisch durch eine gemeinsame Mahlzeit am Tag, bei deren Zubereitung die Kinder möglichst einbezogen werden. Denn in der Kindheit geprägte Ernährungsmuster halten oft ein Leben lang. Und wir wollen mit einem Bundesprogramm den flächendeckenden Ausbau der gesunden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland voranbringen. Dabei sollen regionale und ökologische Versorgungsstrukturen in

der Gemeinschaftsverpflegung gefördert werden. Wir wollen einen Bioanteil von mindestens 20 % in der Gemeinschaftsverpflegung. An Kinder gerichtetes Marketing und den Etikettenschwindel bei sogenannten Kinderlebensmitteln wollen wir unterbinden.

Gentechnik in Lebensmitteln lehnen wir ab, auf dem Tisch wie auf dem Acker. Darin wissen wir uns mit der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und LandwirtInnen einig. Agro-Gentechnik macht unsere Ernährung abhängig von einer kleinen Zahl an Großkonzernen und Pflanzensorten. Sie gefährdet die Umwelt, die gentechnikfreie Landwirtschaft und den Ökolandbau.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion in Deutschland besser zu schützen und die Zulassung zum Anbau genveränderter Pflanzen in Europa strenger zu regulieren. Wir wollen das Gentechnikgesetz verschärfen und auf EU-Ebene durchsetzen, dass die Kennzeichnungslücke für Fleisch, Eier, Milch oder Käse geschlossen wird, für deren Erzeugung Genmais oder Gensoja verfüttert wurde. Wir wehren uns gegen Versuche, die Nulltoleranz gegenüber illegalen Gentech-Bestandteilen aufzuweichen oder die Kennzeichnungsvorgaben zu unterlaufen.

Regionale Vielfalt und heimische Esskulturen müssen erhalten bleiben. Wir wollen keine Vereinheitlichung und Reduzierung auf ein bis zwei Gemüse- oder Obstsorten. Es gibt in Deutschland rund 2.000 verschiedene Apfelsorten, aber im Supermarkt finden sich in der Regel immer die vier gleichen Sorten. Wir stärken deshalb die regionale und saisonale Küche. Das schmeckt nicht nur gut, sondern ist auch besser für Umwelt und Klima.

Bewusster Konsum und Verschwendung vertragen sich nicht. Unser Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung bis 2020 zu halbieren. Dafür ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig, das auch Handel und Industrie in die Pflicht nimmt.

Wer GRÜN wählt ...

- stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- sagt dem Abzocken den Kampf an.
- stimmt für faire Energiepreise.
- will beim Einkauf genau wissen, was drin ist, und Bio und Fairtrade stärken.
- wählt gesunde Lebensmittel ohne Pestizide, Gentechnik und Antibiotika.

Schlüsselprojekte**Abzocke beenden – Finanzmärkte
verbrauchergerecht regulieren**

Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter, über den Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen betrügerische Anlagemodelle. Wir brauchen eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, die durch einen Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen ergänzt wird. Die Abzocke bei Dispo- und Überziehungszinsen wollen wir mit einem flexiblen, an einem Leitzins orientierten Deckel verhindern. Um provisionsgetriebene Falschberatung zu überwinden, wollen wir die Honorarberatung gleichberechtigt am Markt etablieren und maximale Transparenz über alle Provisionen herstellen. Wir wollen die Finanzmärkte grüner machen, deshalb fordern wir verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der priva-

ten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

Wissen, was drin ist – Verbraucherinformation verbessern

Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Deshalb wollen wir einfach verständliche Kennzeichnungen einführen: beispielsweise die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln, das Hygienebarometer oder einen „Smiley“ für Restaurants und ein Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen. Aber auch die Informationsrechte gegenüber Behörden und Unternehmen müssen verbessert werden. Denn bei jedem neuen Lebensmittelskandal zeigt sich, dass die bisherigen Informationspflichten von Behörden und Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb werden wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten auf weitere Produkte und Dienstleistungen ausweiten.

Keine Gentechnik auf unseren Tellern – Kennzeichnungspflicht verbessern

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch landet es Tag für Tag auf unseren Tellern. Das Fleisch, das wir essen, ist auch deshalb so billig, weil die Tiere mit Gensoja oder Genmais gefüttert werden. Doch die Gentech-Fütterung muss nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik“ umgehend durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. So können die VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen wollen.